

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz, Regionen und
Wasserwirtschaft
Abteilung V/2 - Abfall- und Altlastenrecht
zH Herrn Mag. Georg Fürnsinn
Stubenring 1
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900-DW
E up@wko.at
W wko.info/up

Per E-Mail: v2@bmluk.gv.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
2025-0.645.892
13.8.2025

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Up/0210/25/TF/Mi
DI Dr. Thomas Fischer

Durchwahl
3015

Datum
30.9.2025

ElektroaltgeräteVO-Novelle 2025; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Mag. Fürnsinn,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Begutachtungsunterlagen zur ElektroaltgeräteVO-Novelle 2025 und nimmt dazu wie folgt Stellung.

1. Allgemeines

Die Wirtschaftskammer Österreich versteht zwar die Intention des BMLUK, durch die neue Klassifizierung von steckerfertig PV-Module, die an private Haushalte abgegeben werden, deren Sammlung zu erleichtern, sieht aber damit mehr Probleme als Nutzen, da die steckerfertig PV-Module, aufgrund der Abmessung kaum von denen am Dach, durch einen Professionisten, montierten Anlagenmodule unterschieden werden kann. Deswegen lehnen wir den Vorschlag, PV-Module, die steckerfertig an private Haushalte abgegeben werden (Balkonkraftwerke), als Elektrogroßgeräte zu klassifizieren, ab.

2. Im Detail

Zu § 3 Z 7 und Z 9:

Die vorgeschlagenen neuen Definitionen würden zu mehr Unsicherheit und falscher Kostentragung führen und werden deshalb sehr kritisch gesehen und abgelehnt.

Grundsätzlich soll für die Sammlung und Verwertung defekter Module derjenige verantwortlich sein, der PV-Module zum ersten Mal in Österreich in Verkehr setzt (Hersteller/Erst-Inverkehrbringer). Das betrifft somit österreichische Hersteller, aber vor allem auch Importeure/Händler/befugte Gewerbetreibende (insbesondere Elektrotechniker:in) oder Konsument:innen, die aus dem Ausland PV-Module beziehen (inklusive Käufe von ausländischen Online-Shops) bzw. diese in dieser Form in Österreich vertreiben. Unseres Erachtens sollte von diesem, bisher geltenden Grundsatz im privaten und gewerblichen Bereich nicht abgerückt werden.

Als Begründung führen wir an, dass es durch die Umstufung dieser PV-Module zu einer Benachteiligung und Ungleichbehandlung von Unternehmen bzw. gewerblichen Geräten gegenüber Privaten bzw. privaten Geräten kommen würde und es dafür uE auch keine sachliche Rechtfertigung für die ungleiche (Entsorgungs-) Behandlung von PV-Modulen, die gewerblich, privat bzw. als Balkonkraftwerke genutzt werden, gibt. Die Technologie, Bauart und Bauteilzusammensetzung von verschiedenen eingesetzten/genutzten PV-Modulen sind systemisch gleich gestaltet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer stringenten, nachvollziehbaren Entsorgungsregulatorik ohne Ungleichbehandlung und Benachteiligung einzelner Nutzer- bzw. Nutzergruppen.

Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Abmessungen eines üblichen PV-Moduls für das Balkonkraftwerk durchaus vergleichbar ist mit denen der am Dach durch einen Professionisten montierten Anlagenmodule.

Zu § 11a:

Unklar ist, warum entgegen der Vorgaben der Abfallverbringungsverordnung Unterlagen sieben Jahre aufzubewahren sind und nicht wie EU rechtlich bedingt fünf Jahre.

3. Zusammenfassung

Wie sehen bei der gegenständlichen Novelle, insbesondere zur Klassifizierung von steckfertigen PV-Modulen, noch Klärungs- und Adaptionsbedarf, um diese mittragen zu können.

Freundliche Grüße


Mag. Jürgen Streitner
Abteilungsleiter